

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(2. - öffentliche - Sitzung am 18. Januar 2023)

Tagesordnung:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Arbeitsschwerpunkte und Ziele im Bereich der Medienpolitik für die 19. Wahlperiode

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/53

Der Unterausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch Staatssekretär Dr. Mielke entgegen und bespricht Verfahrensfragen. Die Unterausschussmitglieder kommen überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen; als Termin dafür nehmen sie die für den 1. März 2023 vorgesehene Sitzung in Aussicht. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 30. Januar 2023 zu benennen.

3. Klärung von Verfahrensfragen

Der Unterausschuss beschließt einstimmig ein einheitliches Verfahren für den Umgang mit Unterrichtungswünschen. Ferner informiert der Unterausschussvorsitzende über den Beschluss des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Unterausschuss Beratungsgegenstände, die Medienangelegenheiten betreffen, ohne Beschluss im Einzelfall zu überweisen.